Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 305. Montag den 1. November 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Zählung leerstehender Wohnungen betr.

Wie alljährlich soll auch in diesem Jahre am 1. November eine Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslocale durch unser Statistisches Amt vorgenommen werden.

Wir fordern demgemäß die Herren Hausbesitzer und Hausverwalter auf, die ihnen zugehenden Formulare vollständig und richtig auszufüllen und zur Wiederabholung bereit zu halten.

Leipzig, den 23. October 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

No. 915 St. A. L. Dr. Georgi. Hasse.

Bekanntmachung.

Erhaltener Anzeige zufolge hat die Kellnerin **Friederike Emilie Kohlmann** aus Zöschig ihr von der dortigen Polizei-Verwaltung am 23. März 1885 sub Nr. 10 ausgestelltes Dienstbuch Ende Juli d. J. auf dem Wege von hier nach Neudnitz verloren.

Wir bitten das Buch im Auffindungsfalle bei uns abzugeben.

Leipzig, am 27. October 1886.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

II 7473. Breitschneider. Haldig.

Versteigerung.

Mittwoch, den 3. November, Vorm. 9 Uhr, werden im Hofgebäude am Augustusplatz (Eingang Hofstraße, 3 Treppen links), verschiedene aus unbestellbaren Postsendungen entnommene, heute in Postwagen ꝛc. aufgefundene Gegenstände, u. A. alte Kleidungsstücke, Regenschirme, Stöcke, 1 Partie Kunstkarten, 68 Stück künstliche Zähne ꝛc., gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert.

Leipzig, den 29. October 1886.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 1. November 1886.

* Die conservativ-nationalliberalen Annäherungsbestrebungen werden nirgends mit gespannterem Interesse verfolgt und leidenschaftlicher bekämpft als in der klerikalen Presse. Die „Germania" trägt spaltenlang Alles zusammen, was über das „Versumpfungscartell", wie sie sich ausdrückt, veröffentlicht wird und die darauf gerichteten Bestrebungen durchkreuzen könnte. Das beweist, wie sehr man im ultramontanen Lager diesen Zusammenschluß der „nationalen Parteien" fürchtet. Und das ist auch wohlberechtigt. Denn diese Bestrebungen müssen sich folgerichtig gegen die parlamentarische Machtstellung des Centrums wenden. Es ist ohne Zweifel der wunde Punct dieses „Cartells der nationalen Parteien", daß die letzteren im Reichstag nicht die Mehrheit besitzen; dadurch werden alle diese Bestrebungen unter den gegenwärtigen Verhältnissen praktisch unzulänglich und unwirksam. Die Mitwirkung eines Theils des Centrums bei den wichtigsten Aufgaben der Reichspolitik kann, da von der Linken gar nichts mehr zu hoffen ist, gegenwärtig nicht entbehrt werden, und daraus schöpft die klerikale Partei vorzüglich ihre parlamentarische Kraft; denn gegen den Willen des Centrums kann nichts geschehen. Das ist im preußischen Abgeordnetenhause anders; dort bilden die „nationalen Parteien" eine Mehrheit, ihr Zusammenschluß ist von unmittelbarer praktischer Wirksamkeit und vollzieht sich darum bei den wichtigsten Fragen leicht und oft, wie z. B. in der letzten Session bei den Polengesetzen. Das Centrum weiß diese günstigere Position im Reichstag sehr wohl zu würdigen, es unterstützt daher bei den Wahlen allenthalben die radicalen Parteien und seine schwerste Sorge ist eben das, was unsere Hoffnung für die Zukunft bildet, daß sich auch im Reichstag einmal wieder, wie in früheren Jahren, eine aus Conservativen und Nationalliberalen bestehende Mehrheit bilden könne. Eine bei allen großen nationalen Anliegen so feindselige und unzuverlässige Partei wie das Centrum entbehrlich zu machen oder zu spalten, muß das Ziel eines engeren conservativ-nationalliberalen Bündnisses und die Voraussetzung seiner praktischen Wirksamkeit sein. Dahin muß es kommen, wenn gesunde parlamentarische Zustände eintreten und der Zusammenschluß der „nationalen Parteien" unmittelbar praktische Bedeutung gewinnen soll. Es kann und wird auch dazu kommen, sowie einmal wieder Lebensfragen des Reichs ersten Ranges zur Entscheidung stehen.

* Die preußischen Hochconservativen, die es immer wieder zu den Ultramontanen hinzieht, könnten sich ein Vorbild an den württembergischen Conservativen nehmen, deren Vertrauensmänner dieser Tage auf einer Versammlung in Stuttgart die nachfolgende bemerkenswerthe Erklärung beschlossen haben: „Angesichts der Thatsache, daß trotz des großen Entgegenkommens der deutschen Regierungen und namentlich der preußischen Regierung bei allen berechtigten Forderungen der katholischen Kirche die Führer des Centrums von einer versöhnlichen Haltung ihrerseits weit entfernt sind, vielmehr den offenen und verborgenen Kampf gegen die Reichsregierung fortsetzen; insbesondere Angesichts der Thatsache, daß neuerdings von denselben sowohl in öffentlichen Versammlungen, als in ihrer Presse die Zulassung der Jesuiten gefordert wird, desjenigen Ordens, der bei seinen Mitgliedern grundsätzlich jede nationale Gesinnung ausschließt und sich die Wiederherstellung und Ausbreitung der Herrschaft des Papstthums, sowie die Bekämpfung und Ausrottung des Protestantismus zur Hauptaufgabe gestellt hat; erklärt die heutige Versammlung von Vertrauensmännern des conservativen Vereins in Württemberg es für eine Gewissens- und Bürgerpflicht aller evangelischen Männer, sich gleichfalls eng zusammenzuschließen zur gemeinsamen Bekämpfung der Uebergriffe der Ultramontanen."

* Gegen die Hinweisung auf die Erklärung des Herrn v. Bennigsen, daß er nicht in der Lage sei, zur Bildung einer Mittelpartei mitzuwirken, ist schon von nationalliberaler Seite sehr zutreffend bemerkt worden, daß, wenn auch Herr v. Bennigsen sich nicht an der Begründung einer Mittelpartei persönlich betheiligen wollte, daraus noch lange nicht folge, daß derselbe einem solchen Zusammenschluß der gemäßigt-liberalen und der conservativen Parteien abgeneigt sei, welcher den Partei-Sonderheiten Spielraum läßt und nur die gemeinsamen grundlegenden Puncte betrifft, wie solcher Zusammenschluß neuerdings erörtert worden ist. Es kann dem hinzugefügt werden, daß wenn der gesammte Wortlaut jenes Bennigsen'schen Briefes verlesen worden wäre, man ersehen haben würde, daß Herr v. Bennigsen den engeren tactischen Zusammenschluß der reichstreuen Parteien, wie er in Düsseldorf als wünschenswerth bezeichnet wurde und wie er heute vielfach erstrebt wird, für angezeigt und richtig hielt und zweifellos heute noch hält.

* Das „Deutsche Tageblatt" enthält über den Austritt Lothar Bucher's aus dem Reichsdienst folgende Mittheilung, die als richtig bezeichnet werden kann. Verschiedene Blätter haben behauptet, Bucher's Rücktritt sei durch die rasche Beförderung des Grafen Herbert Bismarck veranlaßt worden. Diese Vermuthung ist falsch. Geheimrath Bucher hatte bereits vor drei Jahren wegen eines zunehmenden rheumatischen Leidens seine Entlassung aus dem auferlegenden auswärtigen Dienste nachgesucht; der Reichskanzler, welcher seinen treuesten Mitarbeiter nicht verlieren wollte, zögerte aber, diesen Wunsch zu erfüllen. Im vorigen Jahre nöthigte jedoch anhaltendes Unwohlsein Bucher, einen langen Urlaub anzutreten, nach dessen Ablauf ihm auf sein erneutes Drängen der wohlverdiente Ruhestand gewährt wurde. Unbekümmert von lauschenden Amtsgeschäften und Besuchen dürfte Bucher mehr als je seinen politischen Studien und Ausarbeitungen auch in seinem Ruhestand obliegen.

* Generalfeldmarschall Graf Moltke erläßt folgende Danksagung:

Da es mir nicht möglich ist, die mir von Privatpersonen und Vereinen aus den verschiedensten Kreisen zu meinem 86. Geburtstage zugegangenen, freundlichen Glückwünsche einzeln zu beantworten, so bitte ich alle Betheiligten, auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank entgegen nehmen zu wollen.

Creisau, den 26. October 1886.

Graf Moltke, Feldmarschall.

* Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt einen Bericht über die Verhaftung und Freilassung des Dr. Sandler in Brest. Darin wird die kindliche Naivetät des Betreffenden, welcher mit einer bedeutenden Geldsumme in der Tasche, ohne ausreichende Legitimation geologische Untersuchungen mit Instrumenten im Festungshafen von Brest anstellte, auf Schärfste gerügt. Neu ist der jetzt bei solchen Fällen in Frankreich angewandte Instanzengang: „Nach den neuen Instructionen des Kriegsministers, die nach der Verhaftung des sächsischen Obersten a. D. v. Wehrenheimb erlassen wurden, meldete der militairische Districtscommandeur die Verhaftung dem Kriegsminister und dieser entsandte sofort einen Oberst der Artillerie nach Brest, welcher dem Staatsanwalt, der bereits mit der Angelegenheit beschäftigt war, erklärte, daß die Notizen, die sich im Tagebuche des ꝛc. Sandler vorgefunden hätten, zu militairischen Zwecken, namentlich zur Vorbereitung einer Landung in der Bai von Brest zu verwenden seien, und daß die Instrumente, deren der Verhaftete sich bedient hätte, vollkommen genügten, um alle dabei wesentlichen Puncte festzustellen." — Dr. Sandler kann von Glück sagen, mit heiler Haut davon gekommen zu sein; er hätte leicht seine Unvorsichtigkeit mit zwei Jahren Gefängniß büßen können. Die Warnung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" kann nicht oft genug wiederholt werden: „Es wäre dringend zu wünschen, daß sich die in Frankreich reisenden Deutschen den Vorfall zur Warnung dienen ließen und sich Mühe gäben, in Zukunft Alles zu vermeiden, was dem ohnehin schon regen Verdacht der Franzosen neue Nahrung geben könnte."

* Die „Köln. Ztg." schreibt: „In ultramontanen Blättern wurde neuerlich mit erklärlicher Genugthuung die Nachricht verbreitet, daß zwei Mitglieder der freiherrlichen Familie v. Schorlemer in den Jesuiten-Orden eingetreten sind. Wir können diese Nachricht ergänzen, indem wir auf den sehr bemerkenswerthen Umstand hinweisen, daß gerade Angehörige vornehmer katholischer Familien Mitglieder des Ordens der Gesellschaft Jesu werden. Außer den Obengenannten befinden sich zur Zeit noch in dem Jesuitenorden: Prinz Wladislaw Radziwill, ein Bruder des Fürsten Ferdinand und des Ostrower Vicars Edmund, sodann ein Freiherr von Brenken aus der Nähe von Paderborn, ein Paul, ein Maximilian und ein Anton v. Haza-Radlitz und ein Graf Hoensbroech, dessen Bruder sein in Holland belegenes Schloß Bitzendeck den Jesuiten zur Verfügung gestellt hat. Bei der Autnahmestellung, die der Jesuiten-Orden in der katholischen Kirche einnimmt und die ihn wegen seiner ausgesprochen staats- und culturfeindlichen Richtung bei der Mehrheit der Katholiken — um es gelinde zu sagen — wenig beliebt macht, muß es Verwunderung erregen, daß gerade aus den Kreisen des Adels bei uns so viele Mitglieder gewonnen werden. In ausgesprochen katholischen Ländern ist dies nicht der Fall, die Franzosen und Italiener vergessen auch als die treuesten Angehörigen der Kirche ihre Nationalität nicht, und der Adel dieser Länder hält sich mit Recht von einem Orden zurück, dessen Ziele selbstsüchtige und internationale sind. Einen Grund für die obenerwähnte Erscheinung wird man darin finden, daß die vornehmen katholischen Familien ihre Söhne in Jesuiten-Gymnasien unterrichten lassen. In der Erziehungs-Anstalt zu Feldkirch in Oesterreich, die seit dem 1. October 1856 sich vollständig unter Leitung des Jesuiten-Ordens befindet, waren im Januar 1885 bei 381 Zöglingen 238 aus dem deutschen Reich; darunter sehen wir Söhne des Fürsten Blücher, der Grafen Chamaré, Praschma, Strachwitz, Matuschka, Henckel, Droste, Galen, des Freiherrn von Fürstenberg und von Loë. Eine andere Reihe deutscher Katholiken läßt ihre Kinder in den französischen und Belgischen Jesuiten-Anstalten erziehen. Daß hier die Erziehungsart nicht blos dazu benutzt wird, um die Zöglinge für das praktische Leben mit jesuitischen Grundsätzen zu durchtränken, sondern auch um empfängliche Gemüther ganz für den Orden zu gewinnen, ist eine Folge, welche sich die fanatischen oder verblendeten Väter nicht immer klar machen. Wir haben indeß Anlaß zu glauben, daß der Staat diesen Dingen eine größere Aufmerksamkeit schenken wird, indem von der Erwägung ausgegangen wird, daß, wenn reichsgesetzlich dem Orden der Gesellschaft Jesu wegen seiner gefährlichen Ziele und Mittel der Aufenthalt und in Folge dessen auch die Wirksamkeit im deutschen Reiche untersagt sei, das Gesetz nicht dadurch umgangen werden dürfe, daß die deutsche Jugend in jesuitischen Anstalten außerhalb des Reichs erzogen werde; wolle aber Jemand im Gegensatz zu dem Geiste des Gesetzes sein Kind einer Jesuiten-Anstalt überlassen, so müsse er die Folgen, welche daraus für die reichsbürgerliche Stellung desselben entspringen könnten, ganz und voll ziehn. Jesuitenzögling und deutscher Reichsangehöriger sind eben zwei einander widerstrebende Begriffe."

* Einer der schwächsten Puncte der deutschfreisinnigen Partei ist die vollständig negative Haltung gegenüber der socialpolitischen Gesetzgebung. Sie steht auf diesem Gebiete gänzlich unthätig, rathlos und abkehrend da. Das wird mehr und mehr auch in den Kreisen der Partei selbst empfunden. Ein Symptom dessen war die Erklärung, welche in der vorigen Reichstagssession von dem Abg. Halben Namens einer Anzahl Collegen abgegeben wurde und eine positivere Haltung in den Fragen des Arbeiterschutzes ankündigte. In derselben Richtung bewegt sich eine Mahnung des „Berliner Tageblattes", welche die deutschfreisinnige Partei zu positiver Mitarbeit an der Socialreform auffordert und die Bildung einer aus Abgeordneten und sonstigen hervorragenden Parteigenossen bestehenden freien Commission beantragt, welche sich das Studium der Sache und die Ausarbeitung von Vorschlägen angelegen sein läßt.

* Eine neue Maßregel gegen das Polenthum wird in der „Köln. Ztg." angekündigt. Sie betrifft die amtliche Geschäftssprache, als welche in dem Gesetz von 1876 die deutsche Sprache bestimmt war. Nur war in dem genannten Gesetz zur Erleichterung des Ueberganges in den sprachlich gemischten Landestheilen festgesetzt worden, daß für die Dauer von höchstens 20 Jahren im Wege königlicher Verordnung für einzelne Kreise oder Kreistheile der Gebrauch einer fremden Sprache neben der deutschen für mündliche Verhandlungen und protokollarische Aufzeichnungen in Schulvorständen, Gemeinde- und Kreisvertretungen u. s. w. gestattet werden könne. Durch Verordnung vom gleichen Tage war diese Erlaubniß in der That für eine ganze Reihe von Kreisen und Kreistheilen, und zwar zunächst auf die Dauer von fünf Jahren gegeben und durch Verordnung vom 12. October 1881 auf weitere fünf Jahre verlängert worden. Es liegt jetzt also die Nothwendigkeit vor, über eine etwaige abermalige Verlängerung Beschluß zu fassen, wobei in erster Reihe die Provinz Posen in Betracht kommen wird. In der „Kölnischen Zeitung" wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Verfügung vom 12. October 1881 nicht erneuert werden, sondern daß von jetzt an das Deutsche ausschließlich als Amtssprache in der Provinz Posen gelten wird.

* Auch aus Württemberg erläßt nunmehr ein Reisender an die „Nordd. Allg. Ztg." gerichteten Schreiben die Klage über den allzugroßen Zudrang zu den Staatsexamina. Findet doch in Stuttgart zur Zeit eine philologische Proseminats- und Präceptoratsprüfung statt, an welcher nicht weniger als 67 Candidaten theilnehmen und im Finanzdepartement haben sich in diesem Jahre zum ersten kameralistischen Examen 37 Candidaten gemeldet. Der Briefschreiber plaidirt darum energisch für das Kunstgewerbe und macht speciell den Blättern den Vorwurf, daß sie aus übergroßer Eitelkeit ihre Söhne von der Erlernung eines Handwerks abhielten.

* * *

* Die Verhandlungen über das Zoll- und Handelsbündniß mit Ungarn sind vom österreichischen Abgeordnetenhause beendet worden, und nach der dritten Lesung dieser Vorlage ist das Haus auf Ferien gegangen, die wohl bis tief in den Januar des nächsten Jahres hinein dauern dürften. Ein Sessionsabschnitt ist abermals vorüber, und von den Ausgleichsgesetzen ist ein einziges erledigt, das Zoll- und Handelsbündniß. Die Bankvorlagen sind von dem Sub-Comité des Ausgleichsausschusses nicht zu Ende berathen, und in dem zweiten Sub-Comité dieses Ausschusses ist hinsichtlich der Zuckersteuer über eine Reihe wichtiger Fragen auch nicht entfernt eine Einigung erzielt. Der Petroleumstreit brennt lichterloh, und der Zolltarif befindet sich in einem Stadium, in dem, nach der Aeußerung des Finanzministers, noch schwierige Verhandlungen gepflogen werden müssen, für welche die Regierung an die Geduld des Hauses appellirt. In einer der letzten Sitzungen im österreichischen Abgeordnetenhause kam es zu sehr bewegten Scenen. Der antisemitische Abgeordnete Dr. Lueger, das enfant terrible des Eisleithanischen Parlamentes, verlangte unter maßlosen Ausfällen gegen Ungarn den Abschluß des Zollbündnisses auf „ewige Zeiten" statt auf zehn Jahre. Ungarns Haltung besprechend, sagte Lueger, ein Unbefangener erhalte den Eindruck, als ob Ungarn ein Tollhaus und alle Magyaren Narren wären. Unter dem stürmischen Beifall der Majorität und der äußersten Linken ereifern sich der Redner in derartigen Ausfällen. Namens des Deutschen Clubs und Wiens erklärte sich darauf der Abgeordnete Weitlof mit Lueger nicht einverstanden; bevor man den Krieg an die Magyaren erkläre, welche eine kraftvolle Stütze der parlamentarischen Entwickelung seien, müßten erst die Deutschen von der slawischen Bedrückung in Cisleithanien befreit werden.

* Der französische Staatsrath hat gegenwärtig sechs Recurse von Officieren zu prüfen, welche den Familien Orleans und Bonaparte angehören: des Generals Herzog von Aumale, des Obersten Herzog von Chartres, des Generals Prinz Murat und des Lieutenants Prinz Murat, des Generals Herzog von Newours und des Hauptmanns Herzog von Alençon. Der Kriegsminister, General Boulanger, hat über die vier Erstgenannten schon sein Gutachten abgegeben und wird sich durch den Advocaten seines Ressorts, Mr. Rivard, vor dem Staatsrathe vertreten lassen. Er soll entschlossen sein, die angekündigte Incompetenz-Erklärung des Staatsraths in dieser Angelegenheit, Entziehung der Grade aus politischen Rücksichten, gegen die Betheiligten der Prinzen geltend zu machen; aber es verlautet, der Herzog v. Aumale dürfte wieder in seinen Grad eingesetzt und die über ihn verhängte Verbannung aufgehoben werden.

* Das schweizerische Eisenbahndepartement, dessen Chef gegenwärtig Bundesrath Welti ist, hat dem Bundesrath eine Vorlage nebst Antrag, betreffend den Rückkauf der Eisenbahnen durch den Bund, zur Berathung unterbreitet. Bekanntlich ist diese Frage nicht neu und war schon im Jahre 1857 Gegenstand eines Berichtes des Post- und Baudepartements an den Bundesrath, worauf sie nach dem Erscheinen einer bezüglichen Broschüre des damaligen Bundespräsidenten J. Stämpfli im Jahre 1862, welche als Hauptgrundsatz aufstellte, daß ein Rückkauf der Bahnen nach den vorhandenen Concessionen nur auf dem Wege freiwilliger Verständigung mit den Gesellschaften stattfinden könne, in der Presse vielfach erörtert wurde; so weit man aber auch über die Art der Bewerkstelligung des Rückkaufes in den Vorschlägen auseinander ging, so war man doch immer mit dem Stämpfli'schen Grundsatz einverstanden. Endlich war diese Frage im Jahre 1883 im Verein mit dem Gesetzentwurf über die Beaufsichtigung des Rechnungswesens der Eisenbahngesellschaften noch Gegenstand einer bundesräthlichen Botschaft an die Bundesversammlung, welche mit dem Antrage schloß, „zur Zeit auf den Rückkauf der Bahnen nicht einzutreten, weil der Bund damit gegenwärtig finanziellen Gefahren preisgegeben würde". Ueber die Details der neuen Vorlage vernahm man noch nichts Näheres, außer daß sie vorläufig nur den Rückkauf der Nordostbahn, des Schmerzenskindes des schweizerischen Eisenbahnwesens, beantragt, welchem Antrag die Mehrheit im Bundesrathe sicher sein soll.

* General Kaulbars setzt seine überaus fragwürdige Mission in Bulgarien, als Beschützer von Hochverräthern und Rebellen aufzutreten, dagegen der um die Erhaltung der Ordnung bemühten Regentschaft möglichst viele Hindernisse in der Ausübung dieser ihrer Pflicht zu bereiten und das bulgarische Volk möglichst zu verwirren und zu demoralisiren, mit zunehmendem Eifer fort. Offenbar treibt er die Dinge irgend einer von Rußland gewollten Katastrophe entgegen, bei welcher dann die für Rußland gewonnenen bulgarischen Elemente in Action treten sollen. Wir lassen im Anschluß hieran zwei Mittheilungen folgen, welche sich stark in Bezug auf die Absichten Rußlands widersprechen und als Beweis dienen können, wie sehr es angezeigt erscheint, der Entwickelung der Verhältnisse in Bulgarien gegenüber eine ruhig abwartende Gesinnung sich zu bewahren.

* Wien, 29. October. Die „Neue Freie Presse" meldet: Aus Odessa erhalten wir ziemlich ernst klingende Mittheilungen, die darauf schließen lassen, daß man in Rußland thatsächlich Vorbereitungen für die Occupation Bulgariens trifft. Die russische Regierung hat der abermahligen Mobilmachung gelegte sämmtliche Vorräthe an Steinkohlen in Odessa und den übrigen Häfen des Schwarzen Meeres aufgekauft und der dortigen Schifffahrt-Gesellschaft den Auftrag gegeben, ihre Dampfer für den Transport von Truppen nach Varna bereitzuhalten. Den Commandanten der Truppen, welche Marschbereitschaft haben, sind versiegelte Ordres zugekommen. In Odessa selbst wurden in den letzten Tagen Reserve-Casernen für 40,000 Mann gemiethet. Wenn sich diese Nachrichten bestätigen sollten, so müßte man in der Entsendung der zwei russischen Klipper nach Varna bereits eine erste vorbereitende Maßregel für die Occupation erblicken. Wenn die Occupation wirklich in der Absicht der russischen Regierung ist, dann dürfte eines Tages ein Theil der Bemannung der zwei genannten russischen Kriegsschiffe unter irgend einem Vorwande in Varna landen und dort ein oder mehrere taktisch wichtige Objecte zum Schutze der Landung weiterer aus Odessa herbeigekommener Truppenabtheilungen besetzen. Diese Besorgnisse werden noch weiterhin durch die neueste Meldung verstärkt, daß heute Vormittag ein drittes russisches Kriegsschiff mit 418 Mann und 18 Kanonen an Bord im Hafen von Varna eingelaufen ist. An einen Widerstand seitens der Bulgaren wäre in Varna, wo die russische Partei ziemlich stark zu sein scheint, kaum zu denken.

Petersburg, 30. October. Die Entsendung russischer Kriegsschiffe nach Varna wird hier von der Presse wie von der Gesellschaft als das Vorspiel zu entschiedenen Schritten, zu der Besetzung Bulgariens, aufgefaßt. Obschon jedoch die Truppen für eine Besetzung längst bereit stehen, habe ich doch bestimmte und schwerwiegende Gründe für die Annahme, daß dieselbe nicht erfolgen wird; der Kaiser und Herr v. Giers würden sich nur sehr schwer zu einer Besetzung entschließen, deren Folgen unberechenbar sein würden. Jedem hält man in Folge der Haltung der benachbarten Großmächte und nicht zum Wenigsten wegen der Vereinbarung mit der Türkei noch immer an der Hoffnung fest, daß es gelingen werde, Bulgarien auch ohne Besetzung zur Ruhe zu bringen. Man glaubt genommenes Spiel zu haben, wenn man es nur erreicht, die jetzige Regentschaft zu stürzen. Rußland werde dann nach der Wahl eines ihm genehmen Fürsten sofort den Einfluß wiedergewinnen, den es früher immer ausgeübt und den ihm ganz Europa auf dem Berliner Congreß zugestanden hat, und werde namentlich die bulgarische Armee wieder in seine Hand bekommen. Auf diese Weise hofft man hier an maßgebender Stelle die verlorene Stellung in dem von Rußland mit schweren Opfern befreiten Fürstenthum wiederzugewinnen, und gerade die in den letzten Tagen eingetroffenen Nachrichten haben die Hoffnung auf einen baldigen entscheidenden Erfolg wesentlich gekräftigt. (Köln. Ztg.)

* Aus Madrid wird vom 28. October gemeldet: Die heute Nachmittag durch Königliches Decret angekündigte und sofort vollzogene Maßregel die Versetzung von 1200 Sergeanten aus der activen Armee zur Reserve ist sehr geheim berathen worden, so daß alle Welt davon überrascht ist. Die active Armee verliert mit einem Schlage 1200 Unterofficiere, aus denen die Führer der Revolten meist sich rekrutirten, und auf diese Weise glaubt man den Pronunciamientos wirksam gewehrt zu haben. Die Maßregel wurde gleichzeitig im ganzen Königreiche vollzogen; die Sergeanten würden überall an die Reserve-Depots beordert; dort bleiben sie und können sich entweder für das Officiers-Examen vorbereiten, oder nach zwei Jahren in den Civildienst übergehen; ihre Löhnung ist etwas erhöht worden. Durch ein anderes Decret werden 1200 Unterlieutenants der activen Armee zu Lieutenants befördert, unter Erhöhung der Löhnung für diejenigen, welche über zwölf Jahre dienen. So hat man mit einem Schlage viele Unzufriedene entfernt und viele Zufriedene gemacht. Ob es etwas nutzt, muß die Zukunft lehren.

* Die chinesische Regierung ist fortwährend beunruhigt über die Versuche des russischen Gesandten in Seoul, den König von Korea dazu zu bewegen, ein russisches Protectorat anzunehmen. Die russischen Absichten sind den chinesischen Behörden seit ungefähr drei Monaten bekannt, und seitdem sind bedeutende chinesische Truppenmassen in den an der Grenze von Korea gelegenen Provinzen angesammelt worden. Dieselben sind mit den neuesten Gewehren bewaffnet; außerdem kreuzt ein chinesisches Geschwader in den koreanischen Gewässern. Der König von Korea, obgleich ein absoluter Souverain, an dessen Hofe Gesandte von China und den westlichen Mächten accreditirt sind, ist stets vom Kaiser von China mit der Königswürde bekleidet worden, und schickt, im Gegensatz zu den Herrschern von Birma, welche alle zehn Jahre einen Tribut nach China senden, solchen jedes Jahr. Man fürchtet jedoch in Regierungskreisen, der König von Korea möchte im Hinblick auf die Jugend des Kaisers von China sich freimachen von dieser Tributverpflichtung und unter dem Deckmantel eines Vertrages zur Entwickelung freundschaftlicher und commerzieller Beziehungen ein russisches Protectorat annehmen.

* Die englische Politik in Südafrika ist von der kürzlich gemeldeten Schilderhebung des Pondostammes wenig angenehm überrascht worden. Ohnehin hat sie mit den verworrenen Verhältnissen im Zululand alle Hände voll zu thun.